

# Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertag.  
Bezugspreis M. 4.50 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.  
Frei ins Haus geliefert; durch die Post im Inlande  
Beleg M. 4.05 und 99 Pfg. Postbeleggeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren  
Raum 30 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen  
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calw durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 23.

Nr. 32

Montag, 9. Februar 1920

Jahrgang 54

## Ein vernichtendes Urteil.

Nicht selten hat in England ein Buch einen solchen Erfolg gehabt, wie die jüngst erschienene Schrift „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens“ von Maynard Keynes. Kaum war das Buch aufgelegt, war es auch schon vergriffen.

Keynes verdammt man es, wenn die Engländer nun zum ersten Male wissen, was der „Arthagische“ Friede wirklich bedeutet, der Deutschland statt des versprochenen Wilson-Friedens aufgezwungen worden ist; denn den Friedensvertrag hatten sie so wenig gelesen wie die deutschen Gegenwortsätze.

Das Buch verdankt seine gewaltige Wirkung seinem Inhalt, der es zur unüberleglichen Kritik der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrags macht, die bisher angeklagt worden, und noch mehr der Persönlichkeit seines Verfassers. Keynes ist anerkanntermaßen einer der bedeutendsten unter den jüngeren englischen Volkswirtschaftlern, ein Mann, der während des Kriegs einer der Hauptberater des Schatzkanzlers und auf der Friedenskonferenz der Hauptvertreter des Schatzkanzlers Bonar Law war. Er hat sein Amt erst drei Wochen vor der Unterzeichnung niedergelegt, „als jede Hoffnung auf eine wesentliche Veränderung in dem Entwurf der Friedensbedingungen verschwunden war“, wie er es in der Vorrede ausdrückt. Keynes mußte gehen, weil er in den nicht abgedruckten Friedensbedingungen nichts anderes sehen konnte als einen Vortrieb Deutschlands gegenüber — „ein Krieg, angeblich geführt in Verteidigung der Weltfriedens internationaler Abmachungen, endet mit dem klaren Bruch einer der denkbar heiligsten solcher Abmachungen seitens der siegreichen Vorkämpfer solcher Ideale“ — und als eine Gefährdung der ganzen wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Europas, weil ihm die in dem Vertrag verkörperte „Politik, Deutschland für eine Generation zu Sklaverei zu verurteilen, das Leben von Millionen menschlicher Wesen zu degradieren und eine ganze Nation wertlos zu machen, schändlich und verabscheuenswürdig gewesen wäre, selbst wenn es möglich gewesen wäre, daß wir uns durch sie bereicherten, selbst wenn sie nicht den Verfall des ganzen zivilisierten Lebens von Europa gestiftet hätte“.

Keynes schildert den Prozeß, durch den es dem aufglaten Lloyd George und dem gewissenlosen Clemenceau gelang, den „theologischen“ Intellekt Wilsons zu überzeugen, daß Schwarz Weiß sei und daß seine „vierzehn Punkte“ in der Brutalität des Versailles Friedens ihren treuesten Ausdruck gefunden hätten. Einen entscheidenden Wendepunkt in Wilsons Kapitulation findet er darin, daß er sich überreden ließ, daß die vierzehn Punkte auch einen Anstoß auf einen Ersatz der staatlichen Ausgaben begründeten, die sich aus Pensionen und dergleichen Vergütungen ergaben. Keynes berechnet, daß dadurch die Summe, die die Alliierten unter dem Friedensvertrag von Deutschland verlangen könnten, auf nicht weniger als 160 Milliarden Goldmark answächst. Er gibt von Deutschlands finanzieller Lage folgendes Bild:

„Angenommen, Deutschland kann nicht mehr zahlen als 3 Milliarden Goldmark jährlich bis 1936 (nämlich 3 % Zinsen von 60 Milliarden Goldmark), dann werden die 100 Milliarden, für die die Zinszahlung verschoben wird, auf 200 Milliarden angewachsen sein, was eine Jahreszinsausgabe von 10 Milliarden Goldmark bedeutet. Das heißt, selbst wenn Deutschland bis 1936 jährlich 3 Milliarden zahlen sollte, würde es den Alliierten dann noch als anderthalbmal so viel schulden, wie heute, 260 Milliarden statt 160. Von 1936 ab müßte es dann jährlich 13 Milliarden Goldmark zahlen, nur um mit den Zinsen nicht rückständig zu werden. Am Ende eines Jahres, an dem es weniger als diese Summe zahlte, würde es mehr schulden, als an seinem Anfang. Und wenn es die Kapitalsumme in 30 Jahren von 1936 ab, das heißt in 48 Jahren vom Waffenstillstand ab bezahlen wollte, müßte es im ganzen jährlich 15,6 Milliarden Goldmark bezahlen“.

Mit andern Worten, wenn der Friedensvertrag nicht geändert wird, hat sich Deutschland nach Keynes verpflichtet, den Alliierten in alle Ewigkeit den ganzen Ueberschuß seiner Produktion anzuhändigen, und in einer solchen Forderung kann er nichts anderes sehen, „als die abgischentlichste Handlung eines grausamen Siegers in der ganzen Geschichte“. Keynes schätzt den Höchstbetrag der allenfalls „begründeten“ Ansprüche,

die von den Alliierten an Deutschland gerichtet werden könnten, wie folgt: Belgien 10 Milliarden Goldmark, Frankreich 16 Milliarden, England 15 Milliarden und alle andern zusammen 5 Milliarden, insgesamt 42,4 Milliarden Goldmark.

Keynes macht praktische Vorschläge, durch die der Ruin Europas vielleicht noch abgewandt werden könnte, wobei er allerdings der Ansicht zuneigt, „daß eine Ersetzung der heutigen alliierten Regierungen in Europa durch andere eine unerlässliche Vorbedingung wäre“. Er würde den Wiedergutmachungs-Ausschuß mit seiner diktorischen Gewalt auflösen und durch einen Völkerbund ersetzen, der Deutschland und die neutralen Staaten einschließen würde; er würde die Gesamtsumme, die Deutschland zu zahlen hätte, auf 30 Milliarden Goldmark herabsetzen, zahlbar in dreißig jährlichen Zahlungen von je 1 Milliarde, beginnend mit 1923; er würde die Leistungen über die Kohllieferungen dahin abändern, daß Deutschland nur Frankreich für die einseitige Unfähigkeit seiner Gruben zu entschädigen hätte, und auch das nicht, wenn es die schlesischen Kohlenfelder verlieren sollte, und das Saar-Abkommen zugunsten Deutschlands umgestalten, besonders in der Richtung, daß Deutschland ein Bezug von 50 Prozent der lothringischen Kohlenenergie, die es vor dem Kriege verarbeitet, gesichert würde; er würde einen Welthandels-Verband unter dem Schutz des Völkerbunds begründen und Deutschland, Polen, die neuen Staaten, die früher das Österreichisch-ungarische und das türkische Reich bildeten, und die Mandatarstaaten zwingen, ihm auf zehn Jahre beizutreten. Weitere Maßregeln, die er vorschlägt, wären dann noch ein gegenseitiger Verzicht der Alliierten auf die Summen, die sie einander wegen des Kriegs schulden, und eine internationale Anleihe zur Bestreitung der unmittelbaren Bedürfnisse Europas und zur Reorganisation der Währung, wofür nach seiner Berechnung etwa 8 Milliarden Goldmark genügen würden.

Keynes richtet folgende ernste Warnung an seine Landsleute: „Wenn wir mit kalter Ueberlegung die Verarmung von Mitteleuropa ansprechen, dann wird die Sache — das wage ich zu prophezeien — sicher nicht lange auf sich warten lassen. Nichts kann dann sehr lange den entscheidenden Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelt zudringenden der Revolution hinauschieben, vor dem die Schrecken des letzten Kriegs nichts sein werden, und der, wer auch Sieger sein mag, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation zerstören wird“.

## Gegen die Auslieferung.

Berlin, 8. Febr. Sehr v. Versner äußerte sich einem Mitarbeiter des „Volksanzeigers“ gegenüber, er habe die Geschäfte der deutschen Friedensabordnung und der diplomatischen Vertretung in Paris niemand übergeben können, da er keinem Beamten zumuten konnte, die Verpflichtung zu einer Handlung zu übernehmen, die er selbst als gegen sein Gewissen verstoßend ablehnen mußte. Damit habe er (Versner) zwar gegen die üblichen diplomatischen Gebräuche verstoßen, aber die Aufstellung der Auslieferungsliste müsse von jedem Deutschen als blutiger Hohn empfunden werden. Er erwarde, daß die Reichsregierung, sobald sie ihn jetzt verleihe, in der Sache hinter ihm stehen werde. Wenn Regierung und Volk den festen Willen haben, nicht nachzugeben, dann werden die Alliierten die Unmöglichkeit ihrer Forderung einsehen.

Berlin, 8. Febr. Hindenburg und Ludendorff stehen auf dem Standpunkt der Entschliegung, die am 7. Januar in einer Zusammenkunft der deutschen Generalführer gefaßt worden ist, daß sich kein Deutscher freiwillig ausliefern lassen darf. Der Deutsche Offiziersbund und der Nationale Verband deutscher Offiziere erklären, daß die Offiziere die Nachopfer mit ihrem Leben decken werden und daß sie entschlossen seien, jede Folge aus diesem Willen zu ziehen. Der Chef der Marineleitung der Ostsee telegraphierte an Roske, die Marine werde Mann für Mann für Admiral von Trotha einstehen. Roske antwortete, daß weder die Auslieferung Troths noch die eines anderen Deutschen in Frage kommen dürfe.

In einer Erklärung der Berliner Universität wird der festen Zuversicht Ausdruck gegeben, daß sich kein Deutscher finden werde, der sich zu dem Ehrendienst herbeigebe, um einen Deutschen auszuliefern.

Berlin, 8. Febr. Zehn von den Unabhängigen einberufene Versammlungen in Groß-Berlin wurden verboten, weil die Redner nicht zu dem in den Plakaten bekannt gegebenen Thema, sondern über die Auslieferung sprechen wollten.

München, 8. Febr. Der bayerische Landtag hat einstimmig gegen die Auslieferung Widerspruch erhoben. Ministerpräsident Hoffmann schloß sich namens der Regierung dem Protest an.

Paris, 8. Febr. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet, die Weigerung Hollands, den Kaiser auszuliefern, sei in England mit größter Befriedigung aufgenommen worden. Die Haager Regierung habe die Alliierten aus einer außerordentlichen Verlegenheit befreit. Der Kaiser werde also weder ausgeliefert noch abgeurteilt werden, jedoch werde England darauf bestehen, daß Kaiser Wilhelm Holland verlasse und auf einer entfernten Insel untergebracht werde.

## Die österreichische Liste.

Wien, 8. Febr. Ein Mittagsblatt meldet, daß die bereits fertiggestellte Liste der vom früheren Österreich-Ungarn auszuliefernden Generale und Staatsmänner demnächst nochmals in Paris unter Beiziehung von Vertretern Südslawiens, Polens, Rumaniens und der Tschechoslowakei überprüft werden soll. Die Liste sei nicht groß und enthalte u. a. die Namen Bojarski, Erz, Poroditsch, Erzherzog Joseph und Graf Berchtold. Unter den Persönlichkeiten befinden sich auch heutige Minister der neuen kaiserlichen Nationalstaaten.

## Neues vom Tage.

### Die Verteilung der Reichs-Einkommensteuer.

Berlin, 8. Febr. Der Steuerauschuß der Nationalversammlung beschloß, daß die Länder und Gemeinden an dem Ertrag der Reichs-Einkommensteuer mit zwei Dritteln beteiligt sein sollen. Von den entsprechenden Steuern von Gesellschaften usw. sollen die Länder und Gemeinden die Hälfte erhalten. (Der Regierungsentwurf hatte die Verteilung nach Einkommensklassen vorgesehen, was aber für die Verteilungsberechnung große Schwierigkeiten verursacht hätte.)

### Die bayerischen Finanzen.

München, 8. Febr. Im Finanzausschuß des Landtags gab der neue Finanzminister Roske einen Überblick über die Finanzlage Bayerns. Während im Jahre 1918 Bayern noch einen namhaften Ueberschuß hatte, ergebe das Jahr 1919 und das erste Viertel von 1920 einen Schlußbetrag von 1077 Millionen Mark. Zugriffen des Reichs nach bayerischem Staatsvermögen werde er entschieden Widerstand entgegenbringen.

### Die Abschlagszahlung.

Hamburg, 8. Febr. In der Hafenarbeiterbewegung ist eine Einigung zustande gekommen, nach der ein Teuerungszuschuß der im Tagelohn beschäftigten Arbeitern von 10.40 Mark im Tag, den im Wochenlohn betraglichen 60.40 M. in der Woche und den im Monatslohn arbeitenden 270.40 M. im Monat gewährt werden. Der neue Tarif gilt bis zum 31. März und wird von den Arbeitern nur als eine Abschlagszahlung betrachtet.

### Frankreichs Außenpolitik.

Paris, 8. Febr. Auf verschiedene Anfragen in der Abgeordnetenkammer erklärte Ministerpräsident Millerand, Rußland gegenüber werden Frankreich, England und Italien übereinstimmend vorgehen. Die gegen die Bolschewisten kämpfenden Richtungen (Kotischal, Denikin, Judenitsch) werden keinerlei Hilfe mehr erhalten; wenn Polen und Rumänien von den Bolschewisten angegriffen werden sollten, so werde ihnen vollständige Unterstützung zuteil werden. Der Versailler Vertrag werde mit unerlässlicher Festigkeit durchgeführt werden. Der Garantievertrag habe die Zustimmung sowohl der Republikaner wie der Demokraten in Amerika. Deutschland habe die versprochenen Kohlen nicht voll geliefert. Da somit der Vertrag undurchführbar bleibe, so werde Deutschland benachrichtigt, daß die Frist zur Räumung der Rheinlande aufgehoben werde. Frankreich will also die Rheinlande dauernd besetzen. D. Schr. Weitere Maßnahmen stehen den Verbündeten zur Verfügung und sie werden davon Gebrauch machen, wenn sie es für nötig halten.



**Notiz über die Auslieferung.**

Berlin, 6. Febr.

Reichsminister Roske äußerte sich zu einem Bericht, unter dem Londoner „Daily Mail“ u. a. wie folgt: Ich habe bereits vor 8 Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungssache gesprochen. In der Auslieferungssache werde ich nicht das geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist diese Forderung des Friedensvertrags zu erfüllen. Die englische Geschäftsträger hat mir geantwortet, daß es sich um eine Erfüllung des Friedensvertrags handle. Das ist richtig, aber jedermann, der über die Vorgänge beim Friedensschluß unterrichtet ist, weiß, daß es schon damals über die sogenannten Schmachparagrafen schwere Konflikte gekommen ist. Noch nie nach einer Krieg in ein solches Ansehen an ein Volk gestellt worden. In Frankreich gibt der Fall Abchling ein Probe von der zu erwartenden Rechtsprechung. Aber davon ganz abgesehen, der Versuch auszuliefern, scheitert sofort, wenn auch nur der Versuch dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. Die Truppe würde einem Befehl, bei der Auslieferung mitzuwirken, niemals Folge leisten. Wenn ich und meine Ministerkollegen den Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und schimpflich halte, so würden wir das Land in schwerste Wirrnisse bringen. Wer regieren will, wenn die Regierung zurückträte, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentsmehrheit, die die Geschäfte weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigkeit, die dazu vielleicht bereit wären, hätten kein Recht, die Auslieferung durchzuführen. Wenn die Auslieferung versucht würde, würde den Bürgerkrieg entfesseln. Eine Regierung der Konservativen ist undenkbar; sie würde erst recht nicht ausliefern. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente, nachdem sie vier Jahre lang als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands angegeben hat, die jetzige Regierung stürzt, ohne die Möglichkeit eines leistungsfähigen anderen zu haben.

Paris, 6. Febr. Im Kommerciausschuß für auswärtige Angelegenheiten führte Mitterand aus, der Wortlaut des Artikels des Friedensvertrags über die Auslieferung des wirksamsten Mittel in die Hand, demselben durch Deutschland Nachdruck zu verschaffen. Die Regierung sei entschlossen, die Durchführung des Vertrags mit aller ihr zu Gebot stehenden Mitteln zu sichern.

**Verfassungsstreit in Bayern.**

München, 6. Febr. Die Frage, ob die Teuerungszulage für Geistliche vom Staat oder von den Kirchen zu tragen sind, hat im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags zu einem Streit geführt. Die bayerische Volkspartei verlangte deren Uebernahme auf die Staatskasse, die Regierung hat sie abgelehnt. Die Regierung will den Staatsgerichtshof anrufen, während der Landtag sich die Auslegung der Verfassung selbst vorbehalten hat.

**Der Völkerbundsanschuß.**

London, 6. Febr. (Havas.) Die zweite Zusammenkunft des Völkerbundsrats wird am 11. Februar in London unter dem Vorsitz von Leon Bourgeois eröffnet werden. Zum Vorsitzenden des Büros für die Vorkonferenzen ernannt werden. Die Frage des Saargebietes und die Frage betreffend Danzig werden behandelt und erörtert werden. Die Beratung wird drei Tage dauern.

**Ekkehard.**

Von Viktor Scheffel.

Wie dort Herrgott und Wendstätt geordnet war zum Behn, umfährte König Egel sein reich Wolf gen Mehen. Im Land der Reutonen herrschte Alpher, der strenge Mann, Dem wuchs ein Sohn Walther im Jugendstund heran. Herrlich und klug hatten sich manch einen Voten geschick, Und sich mit feierlichem Eidschwur einand verstrickt: Sobald die Zeit des Freiens darsich sich stellen ein, So sollen unfre Kinder ein freies Brautpaar sein. Betrübt sah König Alpher ihn bei der Dumen Rot: O weh mir, daß ich Alfer nicht finde Schwertes Tod — Ein schlechtes Beispiel gabst Burgund und Frankenland, Ich muß ich Gleiches tun und ist doch eine Schand! Ich muß Gefandte schicken und Frieden heißen und Bund. Und muß den eignen Sprossen als Geisel stellen zur Stund. So sprach der strenge Alpher, und also ward's getan. Mit Gold beladete traten die Dumen den Rücken an. Sie führten Walther und Hilgund und Hagen in sicher Out Und grüßten willig und freudig die heimische Donaustut. Wohin nun König Egel der Dumat sich erstreckt, Wirt er die fremden Kinder mit großer Wertschick, Als seine eignen Erben sich er sie anvergiert. Die Jungfrau anwandelt er der Königin Ophirin. Die jungen Recken aber behielt er Schatz in Auge. Daß jeder zu des Krieges und Friedens Ränken lauge. Die wurden auch an Jahren und Weisheit wohl heran. Die dem Bewußt der Stärken, ihr Witz den wichtigsten Mann. Dem wuchs der König die beiden Anaben sehr Und ließ sie zu den ersten in seiner Dumen Meer. Es wuchs mit Walter's Freund auch die gefangene Maid Der freies Dumen Wirtin ein' wahrer Jugendleid. Ein Freund reich und klug, so ward Hilgund zulezt Als Schatzkammer dem König der Hofburg darstellt. Und wuchs sie zu, so war sie in dem Reich. Die Heide — was sie wußte, erzählt man's allenthal. Demnach hat König Egel, sein kluger Mütter, sein Sohn, Die Kunde zum ersten zu hören in der Fern. So nahm er an die Hand und ließ zu seinem Herrn. Am Tag, da er von der Fern, erzählte ich mir wenig Frau Ophirin und Hilg sprach sie zu Egel dem König: O Königlich Weisheit, hab' acht, hab' schwarze acht. Daß uners Reiches Güte zu Fall nicht werde gebracht, Ich fürchte, auch Walther, der Dumen bester Held,

**Die Frage der Bergwerksübernahme in England.**

London, 6. Febr. In einer Besprechung mit dem parlamentarischen Ausschuss der Gewerkschaften und den Vertretern der Bergarbeiterverbände erklärte Lord George, die Regierung habe ihre (ablehnende) Stellung zur Bergwerksübernahme der Bergwerke nicht geändert. Die Vorschläge über die Bergwerksübernahme der Gruben durch Arbeiterverbände könnten immerhin geprüft werden. (Die Gewerkschaften hatten beschlossen, einen Kongress einzuberufen, um die Regierung zur Annahme der Forderungen zu zwingen.)

Berlin, 6. Febr. Der für Paris bestimmte Träger Dr. Mayer, der gestern von München hier angetroffen ist, wird nach dem „Generalanzeiger“ poverri nicht nach Paris abreißen. Die Auslieferungsnote wird hier durch einen Geschäftsträger der Entente übergeben. Die Reichsregierung hat ihren früheren Vorschlag, die Aburteilung einem neutralen Richterhof in der Schweiz zu übertragen, bis jetzt noch nicht wieder aufgenommen.

Ein Mitglied der Reichsregierung erklärte den Vertretern der Presse, die Erfüllung des Auslieferungsbegehrens sei nach der Ueberzeugung der Regierung unmöglich. Es sei aber bedauerlich, daß Herr v. Berner entgegen seiner ausdrücklichen Meinung die Weitergabe der Verbandsnote an die Reichsregierung abgelehnt habe.

**Salutajorgen.**

Haag, 6. Febr. Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, erklärte Senator Thomas im Senat, der Tiefstand der ausländische Währung bedrohe die amerikanische Ausfuhr mit dem Unterang. Thomas kündigte an, daß er einen Antrag betreffend die Schaffung eines Ausschusses, um den Wert des Geldes zu bringen, unterbreiten werde.

„Telegraaf“ meldet aus London, daß die Anruhe über das weitere Sinken des Sterlingkurses in den Vereinigten Staaten von Amerika in London von Tag zu Tag zunehme.

**45stündige Arbeitswoche in Holland.**

Haag, 6. Febr. In der Ersten Kammer erklärte der Ministerpräsident, die 45stündige Arbeitswoche werde in Holland jedenfalls eingeführt werden. Ausgenommen seien nur solche Betriebe sein, die gegen Auslandsbewerbs zu kämpfen haben.

**Prozeß Erzberger—Helfferich.**

Berlin, 5. Febr.

Die heutige Verhandlung des Prozesses Erzberger—Helfferich wurde mit dem Fall Dombrowski ausgesetzt. Es handelte sich um den seinerzeit im „Dobrot“ erschienenen Artikel „Eine eigenartige Finanztransaktion in Berlin“, der nach Behauptung Helfferichs von Erzberger veranlaßt worden sein soll. Zeuge Redakteur Dombrowski kann mit Rücksicht auf das Recht ausgenommen nicht angegeben, von wem er den fraglichen Artikel erhalten hat, erklärt aber, daß er nicht von Erzberger stamme. Darüber, ob Erzberger von der Niedertracht genützt habe, könne er nichts sagen.

Zusigrat v. Gordon erklärt, es sei ihm bekannt, daß Dr. Driesen, der Präsident im Reichsfinanzministerium, den Artikel an Dombrowski gegeben habe. Dr. Driesen, seinerzeit Professor in der Reichshandelskommission, habe das fragliche Schriftstück von Geheimrat Hammer vom Reichsfinanzministerium erhalten.

Geheimrat Hammer behauptet, daß ihm der Artikel persönlich zugewandt worden sei. Der Finanzminister habe Kenntnis davon erhalten, daß das Schriftstück eingegangen war. Er habe es ihm aber ohne jeden Vermerk zurückgegeben.

Dr. Helfferich gebraucht in diesem Zusammenhang

Eucht wie der schone Hagen, sein Freund, das weite Feld. Ihr müßt ihn jetzt nicht manen, durch ihre Hande und Faust, Ihr müßt mit seinen Worten brechen Wolfes Kraft: Da tragt in unserm Dienste viel Mühe und Fährlichkeit, Drum merkt, wie ein Gevatter halbesack den die deut, Der Hummender beste sollst du zum Weib' erlesen Und reich an Land und Ehren verheiratet hab' geziehen. Und was du gehst an Gutes, umsonst nicht sei dein Bitten. Gemüht sei alles Maß dir, du hast es wohl erstritten. Das Wort gefiel dem König, es beacht' ihn sein und schlan, Es wuch in derlei Dingen das Weib' ist die Frau. Der König jung Walther mit sochem Rot empfing, Doch dessen Dichten auf ganz andere Dinge ging. Er merkte, daß ihm Egel die Wege wohl verlegen, Drum kam dem Bräutenden abentend er entgegen: O Hül, was ich geton, ist großer Mühsal's weig, Daß ihr hoch es anschlagt, in halbesack poor und gnädig, Doch muß ein Weib' ich wählen nach Euren Ratschloß, Werd' ich umfährd von Sorge und süßer Minne Rot. Da muß ein Haus ich zimmern und muß den Kof' bau'n, Ich kann des Herren Auge nur selten wiederbau'n. Und wer der Weib' gefollet, dem selbet Kof' und Stütz, Mit Freunden abzugeben dem elden Kriegesweir, Wirt's Däheres auf Erden, als hoch genütig und treu Dem Dienstherren überal folgen, drum bit' ich, laßt mich frei. So ihr am Hüten Abend, so ihr in Ritterschänken Wirtin schick, die ich wüßig, wo ihr nur wüßig, zu sechten. Wer soll im Schachensweir nicht Sorg' um Kind und Weib' Die Wirtin rüchwärts wenden und lähmen meinen Keib, Bei Euren Beden sich ich, bei Euren tapren Land: Laßt mir die Hochzeitsfadel, o König, angedrann. Da weidete Egel's Herg, das Wort befragt ihm sehr, Er sprach getrost: Waltheri enkreucht mir nimmer mehr. Inzwischen hatte sich ein ferns Volk empört, Da ward des Schwertes Schmeide gen d'eman Keid' gelehrt, Da wurde, jung Walther zu Reichsputzmann gemacht, Und dauerte nicht lange, so schlugen sie die Schicht. Vorwärts drang ihre Geescher als wie ein spitzer Keil, Es zitterten die Wälle von mädem Schloßgebüel. Hell auf sang die Trommete, die Speere flogen wild. Aufschreut's wie ein Wüßschal von manch' geschapten: Söld, Und tote bei Nordstürms Säulen ein dichter Dangel fällt. So ward gahlofer Kriegerarm herüber, hinter geschwellt. Dann ging's zum Handgemenge, gezogen ward das Schwert, Da lag zerschellen Däheres manch' ein gewappnet Pferd. Da lag zerschellen Hauptes beim Söld' manch' sester Ritter. Hei, wie das Feld durchwüßst du, Waltheri, laßter Schmittel! Als stünd mit seiner Seele der Tod leichhaft im Streit, So schaulen ihn zag die Feinde bei seiner Wuttheit. Nur Dinten und zur Rechten, wüßte er sich gewendet, Oub sich ein jades Klüchten, so ward der Kampf geendet, Dem Quenewolle war rühmvolles Sieg bereitet Und von erschlagem Feind manch' dreisich Stütz erbeutet. Demut Riek der Häherer Mater aus Rüh vom Waffentanz.

das Wort „Bresseptretum“, was das Wort „Bresseptretum“ ganz entschieden verbitet.

Rechtsanwalt Dr. Wisberg sagt, aus den etwas gemünderten Erklärungen der Zeugen Driesen und Hammer habe er den Eindruck, als wenn hier der reinste Kettenhandel mit anonymen Schriftstücken getrieben worden sei.

Dr. Wisberg fragt sodann, wer in die „Deutsche Wg. Ztg.“ die — nach den heutigen eiblichen Auslagen unwahre — Notiz gebracht habe, daß Erzberger weder von dem Inhalt des Schriftstücks Kenntnis gehabt habe, noch Dombrowski unmittelbar oder mittelbar unterrichtet habe.

Dr. Driesen erklärt, die Notiz stamme von ihm. Er könne es aber heute nicht auf seinen Eid nehmen, ob er dem Minister von der Veröffentlichung des Dombrowski Kenntnis gegeben habe.

Abdom wurde die Verhandlung auf Montag vormitag vertagt.

**Der Krieg im Osten.**

London, 6. Febr. Der japanische Außenminister erklärte, Japan habe 35 000 Mann in Sibirien, von denen 26 000 Mann Gesechistruppen seien. Japan werde eine Durchbringung der Mandchurei mit dem Bolschewismus nicht dulden.

Wien, 6. Febr. Der „Neue Tag“ meldet aus Warschau, der Minister des Auswärtigen habe erklärt, Frankreich sei für eine weitere Kriegsführung, England dagegen für einen Friedensschluß mit Sowjet-Rußland. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde es schon in kürzester Zeit zu direkten Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau kommen.

**Das amerikanische Hilfsdarlehen.**

London, 6. Febr. „Times“ melden aus Washington, die Führer der republikanischen Partei haben beschlossen, nicht mehr als 50 Millionen Dollars für die Unterstützung Polens, Armeniens und Deserteirichs zu bewilligen. — Hoover versuchte, durch private Zeichnungen die für die Abwendung von Lebensmitteln notwendigen Summen aufzubringen.

**Baden.**

Karlsruhe, 6. Febr. In dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des badischen Landtags wurde die Beratung des Gesetzes über die Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes von verschiedenen Seiten gefordert, daß das Gesetz nicht in der Landwirtschaftskammer in dem neuen Gesetz umfassen werden soll und nicht einer späteren Abmahlung zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer vorbehalten sei. In dem neuen Gesetz soll auch bestimmt werden inwieweit Gewerbe- und Handelsbetriebe durch die Kammer zugelassen sind, sowie daß die Pflege der Wirtschaft, insbesondere der Pferdegenutz, der Landwirtschaftskammer nicht übertragen werden möge.

Karlsruhe, 6. Febr. Der Bad. Volkskirchenbund hielt vor wenigen Tagen hier eine außerordentliche Landesversammlung ab, in welcher der Landesvorsitzende Dr. Dietrich-Korser über die gegenwärtige kirchenpolitische Lage sprach. Er bemerkte dabei u. a. daß sich augenblicklich alle Parteien ernsthaft mit dem Gedanken einer Volkskirche befassen, ohne sich aber bisher zu jener klaren und eindeutigen Stellungnahme durchgerungen zu haben, wie sie der Volkskirchenbund einnimmt. Im Interesse der Zukunft der evangelischen Kirche sei es bedauerlich, daß die Geistlichen, die die Gedanken einer Volkskirche vertreten, nicht gleich ihren Weg zum Volkskirchenbund finden. Dieser wolle sich zu einer Laienbewegung aus. Vom 1. April ab werde

we manns ihre Söhne mit neuem Schwauweang, Und Fahrenträger und Mannschaft, sie sollen all wie er, So zog im Siegesstunde befehlend nach Hause das Heer, Schwere suchte sich des Hauses gütlich Dach, Du König Egel's Dohut Waltheri schritt genach. Sieh da, wie eilig rannten die Diener aus dem Schloß, Sie labten sich des Anblicks und biesten ihm das Maß; Demwoll aus hohem Gottel Waltheri niederstieg, So freuten sie neugierig; Gewannen wir den Sieg? Er wuch jüt für die Reugier ein mäsig Bröcklein hin Und ging zum König'ssaale, gar müd war ihm zu Sinn. Hilgund traf er alleine, da hüt' er sie und sprach: Beschaff mir einen Trunk, das war ein heißer Tag. Da füllte sie den Becher, er trank den Bienenwein, Ach, wie ein Wassertröpfchen einfaugt der glühe Stein, Dann küßte er in die seine der Jungfrau weiße Hand, Weib' wüßten, daß von alters verlobt sie seien einand. Ertrübend hand und schweig sie. Da sprach er zu der Maid: Schon lange tragen wir der Freude brüder Leid Und sollten doch nach Weiden einander sein zu eigen: Ich hab' das Wort gehalten nicht länger mag ich's Schwelgen. Die Jungfrau hand betrübte, als wär's nur Spott und Hohn, Auffammt sie blaues Auge, sie sprach mit herben Ton: Was brauchst deine Jung, was mir dein Herz begehrst? Viel besserer Weisheit bist, Schlawer, du bist wert. Da bieste tra und minna, da sprach der tooter Mann: Hört sei, was du ardenst, o Hül' mich' baldwohl an! In meines Herzens Grunde haust weder Fährlich noch Weg, Niemand ich mit dem Würde den wahren Sinn verberg. Kein Spüher weilt im Saale, nur wir zwei leid alle. Ich wuch ein süß Geheimnis, wüßte du weiswüßigen alle. Da stürzte ihm zu Füßen Hilgund und weint und sprach: Robin du mich' befreist, o Herr, ich folge dir nach. Er hob sie auf mild' tröstend: Ich bin der Freude müd, Ein süßes Geheimnischen die Seele mir durchglüht, Doch ohne Hilgund nimmer steht mir zur Stucht mein Stüd. So du zurück bleibst, des süßes ich Angewinn. Da lacht' sie in den Tränen: O Herr, du stüßst mit Zug Das Wort, das ich seit Jahren gemein im Busen trug. Geleite denn die Stucht, mit die will ich sie wagen. Durch Rot und Fährlichkeit mich und die Liebe tragen. Und weiter sprach Waltheri, doch küßend nur, nicht laut: Die weil sie dir zu Hüten den Hummender vertraut, So hell des Königs Helm mir und Waffenschand zurück Und seinen Rittersänger, des Edmüdes Helfferich. Dann füllte du zwei Scherine mit Spangens und Gold zu Maß, Daß du sie kaum vom Boden zur Brust magst heben auf. Auch sollst du mir beschaffen die Raare starker Schuß. — Der Weg wird lang — gelidieide nicht für dich selber zug. Darüber magst du weiter lustig Weisheit verpöden, Beim Schwelge aber heilige tramschöne Angehaken, Du wirst auf unsern Fährten ermannen keinen Gefellen, Besgehrung und gewinnen mit Fischen und Vogelstellen. Dies all sel' vorbereit' heut' über sieben Tage. Da stüt mit seinen Mienen der König beim Geland Und küßten weinendwüßte sie all in trunfner Ruh.

Der Reichstagspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Verhältnisse der Reichsbeamten vorgelegt. Es enthält die Bestimmungen über die Besoldung, die Pensionen und die Versorgung der Reichsbeamten. Der Entwurf ist dem Reichstag am 1. Februar 1920 vorgelegt worden.

**Stuttgart, 6. Febr. (Neue Industrie.)** Der Verkauf des Zigarrenabfertigungsbaus an die Firma Speidel-Müller in Pforzheim, die in ihm einen Bijouteriefabrikbetrieb für 200-300 Arbeiter einrichten will, um den Kaufpreis von 120.000 Mk. wurde vom Gemeinderat genehmigt, nachdem sich auf den Aufruf des Stadtvorstands 174 Personen gemeldet haben, die in dem Speidel-Müller'schen Geschäft arbeiten möchten. Mit dem Kaufpreis von 120.000 Mk. werden die Baukosten der Stadt für die Zigarrenfabrik einschließlich des Aufwands für die Wohnungseinbauten gedeckt.

**Heidenheim, 6. Febr. (Vaderpreise.)** Die Väterzinnung gibt bekannt, daß das Rundenbrodbrot nach Gewicht berechnet wird und zwar für 1 Kilo 16 Pfg., für Döcke rund 25-35 Pfg., lang 40-50 Pfg.

**Stuttgart, 6. Febr. (Verderblich.)** Ein Pferd im Wert von 12.000 Mk. wurde nachts aus einem verschlossenen Stall in der unteren Lederstraße gestohlen.

**Stuttgart, 6. Febr. (Abgeordnete.)** Die Abgeordnete der Reichstagsversammlung, die in dem Reichstagsgebäude in Berlin am 1. Februar 1920 tagen, haben am 5. Februar die Tagesordnung für den 6. Februar beschlossen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 2. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 3. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung.

**Stuttgart, 6. Febr. (Wasserbau.)** In der Zeit von 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum in Stuttgart eine Fachausstellung für Wasserbau und Binnenverkehr statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaus und der Binnenverkehr werden durch Modelle vertreten sein.

**Stuttgart, 6. Febr. (Ueberreichung der Höchstpreise.)** Durch die Wirte sind, lt. „Staatsanzeiger“, Klagen darüber vorgebracht worden, daß die Brauereibesitzer, die teilweise zum Mosthandel übergegangen sind, bei der Abgabe von Most an die Wirte die höchsten Preise überreichen (Erzeugerpreis für 1 Liter 50 Pfg. bzw. 60 Pfg. bei besonderer Genehmigung). Ueberreichung der Höchstpreise wird mit Entziehung der Handels-erlaubnis bestraft.

**Stuttgart, 6. Febr. (Preiserhöhungen.)** Die Druckpapierpreisanschläge wurden für Februar auf 184,50 Mk. der Pz. für Mollenpapier und 183,50 Mk. für Formatpapier festgesetzt. — Das Rheinische Braunkohlenyndikat in Köln hat am 1. Februar die Preise für Braunkohle n-Briquettes um 30 Mk. die Tonne zuzüglich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

**Stuttgart, 6. Febr. (Erhöhung der Wahlöhne.)** Ein Antrag auf Erhöhung der Wahlöhne vom Ausschuss des Reichsmüllerverbands an die Reichstagsversammlung ist genehmigt worden. Rückwirkend auf den 1. Dezember 1919 wird eine Erhöhung um 36 Mk. die Tonne für die am schwächsten beschäftigten Mühlen gefordert. Den Mühlen, die mindestens mit 81 Prozent ihrer Friedensleistung beschäftigt sind, soll nur eine Erhöhung um 20 Mk. gewährt, die restlichen 10 Mk. aber zur Verbesserung der Wahlöhne der Minderbeschäftigten verwendet werden.

**Stuttgart, 6. Febr. (Gefährnis auch für Verbraucher.)** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleichhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karten abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstversorger Fleisch aus Hauschlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kg. an andere als an staatlich bestimmte Viechandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt u. w.

**Stuttgart, 6. Febr. (Die Speisekarte.)** Bei den Verhandlungen der Gastwirteverbände mit dem Reichswirtschaftsminister betonte dieser, es erregte berechtigten Anstoß, wenn die Speisekarten der Gaststätten eine Reichhaltigkeit rationaler Lebensmittel aufweisen, die von der Friedenszeit nicht überboten werde. Es müsse verlangt werden, daß die Vorschriften über die Speisekarte (nicht mehr als zwei Fleischgerichte u. w.) eingehalten werden. Die Vertreter entgegneten, daß man auch in Gastwirtekreisen wünsche, daß gegen Uebertreibungen, namentlich in den Luxuslokalen, eingeschritten werde. Die Reichhaltigkeit der Speisekarte sei aber nicht immer ein Beweis für großen Verbrauch, es komme auch darauf an, wie ein

**Stuttgart, 6. Febr. (Waldtag.)** Der Herzog Wilhelm zu Württemberg besuchte am Donnerstag die Grabstätte seiner ersten Gemahlin im alten Friedhof. Der Herzog besichtigte dann seine Villa Marienwahl und weilte einige Zeit bei der Prinzessin Max zu Schaumburg-Lippe.

**Stuttgart, 6. Febr. (Neue Industrie.)** Der Verkauf des Zigarrenabfertigungsbaus an die Firma Speidel-Müller in Pforzheim, die in ihm einen Bijouteriefabrikbetrieb für 200-300 Arbeiter einrichten will, um den Kaufpreis von 120.000 Mk. wurde vom Gemeinderat genehmigt, nachdem sich auf den Aufruf des Stadtvorstands 174 Personen gemeldet haben, die in dem Speidel-Müller'schen Geschäft arbeiten möchten. Mit dem Kaufpreis von 120.000 Mk. werden die Baukosten der Stadt für die Zigarrenfabrik einschließlich des Aufwands für die Wohnungseinbauten gedeckt.

**Stuttgart, 6. Febr. (Verderblich.)** Ein Pferd im Wert von 12.000 Mk. wurde nachts aus einem verschlossenen Stall in der unteren Lederstraße gestohlen.

**Stuttgart, 6. Febr. (Abgeordnete.)** Die Abgeordnete der Reichstagsversammlung, die in dem Reichstagsgebäude in Berlin am 1. Februar 1920 tagen, haben am 5. Februar die Tagesordnung für den 6. Februar beschlossen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 2. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 3. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung.

**Stuttgart, 6. Febr. (Wasserbau.)** In der Zeit von 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum in Stuttgart eine Fachausstellung für Wasserbau und Binnenverkehr statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaus und der Binnenverkehr werden durch Modelle vertreten sein.

**Stuttgart, 6. Febr. (Ueberreichung der Höchstpreise.)** Durch die Wirte sind, lt. „Staatsanzeiger“, Klagen darüber vorgebracht worden, daß die Brauereibesitzer, die teilweise zum Mosthandel übergegangen sind, bei der Abgabe von Most an die Wirte die höchsten Preise überreichen (Erzeugerpreis für 1 Liter 50 Pfg. bzw. 60 Pfg. bei besonderer Genehmigung). Ueberreichung der Höchstpreise wird mit Entziehung der Handels-erlaubnis bestraft.

**Stuttgart, 6. Febr. (Preiserhöhungen.)** Die Druckpapierpreisanschläge wurden für Februar auf 184,50 Mk. der Pz. für Mollenpapier und 183,50 Mk. für Formatpapier festgesetzt. — Das Rheinische Braunkohlenyndikat in Köln hat am 1. Februar die Preise für Braunkohle n-Briquettes um 30 Mk. die Tonne zuzüglich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

**Stuttgart, 6. Febr. (Erhöhung der Wahlöhne.)** Ein Antrag auf Erhöhung der Wahlöhne vom Ausschuss des Reichsmüllerverbands an die Reichstagsversammlung ist genehmigt worden. Rückwirkend auf den 1. Dezember 1919 wird eine Erhöhung um 36 Mk. die Tonne für die am schwächsten beschäftigten Mühlen gefordert. Den Mühlen, die mindestens mit 81 Prozent ihrer Friedensleistung beschäftigt sind, soll nur eine Erhöhung um 20 Mk. gewährt, die restlichen 10 Mk. aber zur Verbesserung der Wahlöhne der Minderbeschäftigten verwendet werden.

**Stuttgart, 6. Febr. (Gefährnis auch für Verbraucher.)** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleichhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karten abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstversorger Fleisch aus Hauschlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kg. an andere als an staatlich bestimmte Viechandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt u. w.

**Stuttgart, 6. Febr. (Die Speisekarte.)** Bei den Verhandlungen der Gastwirteverbände mit dem Reichswirtschaftsminister betonte dieser, es erregte berechtigten Anstoß, wenn die Speisekarten der Gaststätten eine Reichhaltigkeit rationaler Lebensmittel aufweisen, die von der Friedenszeit nicht überboten werde. Es müsse verlangt werden, daß die Vorschriften über die Speisekarte (nicht mehr als zwei Fleischgerichte u. w.) eingehalten werden. Die Vertreter entgegneten, daß man auch in Gastwirtekreisen wünsche, daß gegen Uebertreibungen, namentlich in den Luxuslokalen, eingeschritten werde. Die Reichhaltigkeit der Speisekarte sei aber nicht immer ein Beweis für großen Verbrauch, es komme auch darauf an, wie ein

**Stuttgart, 6. Febr. (Waldtag.)** Der Herzog Wilhelm zu Württemberg besuchte am Donnerstag die Grabstätte seiner ersten Gemahlin im alten Friedhof. Der Herzog besichtigte dann seine Villa Marienwahl und weilte einige Zeit bei der Prinzessin Max zu Schaumburg-Lippe.

**Stuttgart, 6. Febr. (Neue Industrie.)** Der Verkauf des Zigarrenabfertigungsbaus an die Firma Speidel-Müller in Pforzheim, die in ihm einen Bijouteriefabrikbetrieb für 200-300 Arbeiter einrichten will, um den Kaufpreis von 120.000 Mk. wurde vom Gemeinderat genehmigt, nachdem sich auf den Aufruf des Stadtvorstands 174 Personen gemeldet haben, die in dem Speidel-Müller'schen Geschäft arbeiten möchten. Mit dem Kaufpreis von 120.000 Mk. werden die Baukosten der Stadt für die Zigarrenfabrik einschließlich des Aufwands für die Wohnungseinbauten gedeckt.

**Stuttgart, 6. Febr. (Verderblich.)** Ein Pferd im Wert von 12.000 Mk. wurde nachts aus einem verschlossenen Stall in der unteren Lederstraße gestohlen.

**Stuttgart, 6. Febr. (Abgeordnete.)** Die Abgeordnete der Reichstagsversammlung, die in dem Reichstagsgebäude in Berlin am 1. Februar 1920 tagen, haben am 5. Februar die Tagesordnung für den 6. Februar beschlossen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 2. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 3. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung.

**Stuttgart, 6. Febr. (Wasserbau.)** In der Zeit von 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum in Stuttgart eine Fachausstellung für Wasserbau und Binnenverkehr statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaus und der Binnenverkehr werden durch Modelle vertreten sein.

**Stuttgart, 6. Febr. (Ueberreichung der Höchstpreise.)** Durch die Wirte sind, lt. „Staatsanzeiger“, Klagen darüber vorgebracht worden, daß die Brauereibesitzer, die teilweise zum Mosthandel übergegangen sind, bei der Abgabe von Most an die Wirte die höchsten Preise überreichen (Erzeugerpreis für 1 Liter 50 Pfg. bzw. 60 Pfg. bei besonderer Genehmigung). Ueberreichung der Höchstpreise wird mit Entziehung der Handels-erlaubnis bestraft.

**Stuttgart, 6. Febr. (Preiserhöhungen.)** Die Druckpapierpreisanschläge wurden für Februar auf 184,50 Mk. der Pz. für Mollenpapier und 183,50 Mk. für Formatpapier festgesetzt. — Das Rheinische Braunkohlenyndikat in Köln hat am 1. Februar die Preise für Braunkohle n-Briquettes um 30 Mk. die Tonne zuzüglich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

**Stuttgart, 6. Febr. (Erhöhung der Wahlöhne.)** Ein Antrag auf Erhöhung der Wahlöhne vom Ausschuss des Reichsmüllerverbands an die Reichstagsversammlung ist genehmigt worden. Rückwirkend auf den 1. Dezember 1919 wird eine Erhöhung um 36 Mk. die Tonne für die am schwächsten beschäftigten Mühlen gefordert. Den Mühlen, die mindestens mit 81 Prozent ihrer Friedensleistung beschäftigt sind, soll nur eine Erhöhung um 20 Mk. gewährt, die restlichen 10 Mk. aber zur Verbesserung der Wahlöhne der Minderbeschäftigten verwendet werden.

**Stuttgart, 6. Febr. (Gefährnis auch für Verbraucher.)** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleichhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karten abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstversorger Fleisch aus Hauschlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kg. an andere als an staatlich bestimmte Viechandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt u. w.

**Stuttgart, 6. Febr. (Die Speisekarte.)** Bei den Verhandlungen der Gastwirteverbände mit dem Reichswirtschaftsminister betonte dieser, es erregte berechtigten Anstoß, wenn die Speisekarten der Gaststätten eine Reichhaltigkeit rationaler Lebensmittel aufweisen, die von der Friedenszeit nicht überboten werde. Es müsse verlangt werden, daß die Vorschriften über die Speisekarte (nicht mehr als zwei Fleischgerichte u. w.) eingehalten werden. Die Vertreter entgegneten, daß man auch in Gastwirtekreisen wünsche, daß gegen Uebertreibungen, namentlich in den Luxuslokalen, eingeschritten werde. Die Reichhaltigkeit der Speisekarte sei aber nicht immer ein Beweis für großen Verbrauch, es komme auch darauf an, wie ein

**Stuttgart, 6. Febr. (Waldtag.)** Der Herzog Wilhelm zu Württemberg besuchte am Donnerstag die Grabstätte seiner ersten Gemahlin im alten Friedhof. Der Herzog besichtigte dann seine Villa Marienwahl und weilte einige Zeit bei der Prinzessin Max zu Schaumburg-Lippe.

**Stuttgart, 6. Febr. (Neue Industrie.)** Der Verkauf des Zigarrenabfertigungsbaus an die Firma Speidel-Müller in Pforzheim, die in ihm einen Bijouteriefabrikbetrieb für 200-300 Arbeiter einrichten will, um den Kaufpreis von 120.000 Mk. wurde vom Gemeinderat genehmigt, nachdem sich auf den Aufruf des Stadtvorstands 174 Personen gemeldet haben, die in dem Speidel-Müller'schen Geschäft arbeiten möchten. Mit dem Kaufpreis von 120.000 Mk. werden die Baukosten der Stadt für die Zigarrenfabrik einschließlich des Aufwands für die Wohnungseinbauten gedeckt.

**Stuttgart, 6. Febr. (Verderblich.)** Ein Pferd im Wert von 12.000 Mk. wurde nachts aus einem verschlossenen Stall in der unteren Lederstraße gestohlen.

**Stuttgart, 6. Febr. (Abgeordnete.)** Die Abgeordnete der Reichstagsversammlung, die in dem Reichstagsgebäude in Berlin am 1. Februar 1920 tagen, haben am 5. Februar die Tagesordnung für den 6. Februar beschlossen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 2. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung. 3. Die Angelegenheiten der Reichstagsverwaltung.

**Stuttgart, 6. Febr. (Wasserbau.)** In der Zeit von 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum in Stuttgart eine Fachausstellung für Wasserbau und Binnenverkehr statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaus und der Binnenverkehr werden durch Modelle vertreten sein.

**Stuttgart, 6. Febr. (Ueberreichung der Höchstpreise.)** Durch die Wirte sind, lt. „Staatsanzeiger“, Klagen darüber vorgebracht worden, daß die Brauereibesitzer, die teilweise zum Mosthandel übergegangen sind, bei der Abgabe von Most an die Wirte die höchsten Preise überreichen (Erzeugerpreis für 1 Liter 50 Pfg. bzw. 60 Pfg. bei besonderer Genehmigung). Ueberreichung der Höchstpreise wird mit Entziehung der Handels-erlaubnis bestraft.

**Stuttgart, 6. Febr. (Preiserhöhungen.)** Die Druckpapierpreisanschläge wurden für Februar auf 184,50 Mk. der Pz. für Mollenpapier und 183,50 Mk. für Formatpapier festgesetzt. — Das Rheinische Braunkohlenyndikat in Köln hat am 1. Februar die Preise für Braunkohle n-Briquettes um 30 Mk. die Tonne zuzüglich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

**Stuttgart, 6. Febr. (Erhöhung der Wahlöhne.)** Ein Antrag auf Erhöhung der Wahlöhne vom Ausschuss des Reichsmüllerverbands an die Reichstagsversammlung ist genehmigt worden. Rückwirkend auf den 1. Dezember 1919 wird eine Erhöhung um 36 Mk. die Tonne für die am schwächsten beschäftigten Mühlen gefordert. Den Mühlen, die mindestens mit 81 Prozent ihrer Friedensleistung beschäftigt sind, soll nur eine Erhöhung um 20 Mk. gewährt, die restlichen 10 Mk. aber zur Verbesserung der Wahlöhne der Minderbeschäftigten verwendet werden.

**Stuttgart, 6. Febr. (Gefährnis auch für Verbraucher.)** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleichhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karten abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstversorger Fleisch aus Hauschlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kg. an andere als an staatlich bestimmte Viechandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt u. w.

## Vermischtes.

**Zerrissen zurückgeschickt!** Der Rektor der Berliner Universität, Geh. Rat Eduard Meyer, hat am Tage, an dem die Auslieferungsbefehle amtlich an Deutschland gestellt wurde, den Universitäten Oxford, Liverpool, St. Andrews, Chicago und Harvard die ihm ehrenhalber verliehenen Doktordiplome zerrissen zurückgeschickt.

**Papierziehung.** Der deutschnationale Abgeordnete Schiele hat in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht über Anzeigen in ausländischen Zeitungen, in denen größere Mengen Zeitungsdruckpapier von Berlin aus mit Ausfuhrerlaubnis der Regierung für das Ausland angeboten werden.

**Prozess Dirichfeld.** Die Gerichtsverhandlung gegen den Gymnasiallehrer Otto v. Dirichfeld in Berlin beginnt am 21. Februar. Die Anklage lautet auf Mordverbrechen.

**Die Tuberkulose.** Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht die folgenden Zahlen über die Sterblichkeit an Tuberkulose in Preußen. Es starben an Tuberkulose:

von 10 000		von 10 000			
Jahr	Aberhaupt	Lebenden	Jahr	Aberhaupt	Lebenden
1877	83 769	32.01	1910	60 479	15.29
1880	84 895	31.12	1913	56 861	13.65
1885	88 056	30.78	1915	61 006	14.45
1890	84 086	28.11	1916	66 544	15.76
1895	78 752	23.26	1917	87 032	20.52
1900	70 602	21.13	1918	96 814	22.83
1905	70 323	19.13			

**Bluttat.** Der Schuhmacher Metz in Kreuzlingen am Bodensee verlegte durch einen Revolverdunst seine Gekochte und tötete einen Nebenbuhler. Darauf erschoss er sich selbst.

**Bergsturz.** Bei Lorch am Rhein (Hessen-Rhain) haben bedeutende Bergstürze stattgefunden.



Ein moderner Kirchenbau. Die neue Garnisonkirche in Stuttgart.

**Kostümbälle.** Die Blätter von Stuttgart und anderer Städte enthalten eine ganze Anzahl von Ankündigungen von „Kostümbällen“. Maskenbälle sind bekanntlich verboten, Kostümbälle scheinen erlaubt zu sein. Jedenfalls sind sie zeitgemäß und ein dringendes Bedürfnis.

**Soschewitschische Kultur.** Die Stadt Petersburg zählte im Jahr 1900 1 250 000 Einwohner. Heute beträgt die Einwohnerzahl nur noch knapp 400 000 Seelen.

**Retaler Irkum des Fürsten Bülow.** Der frühere Reichskanzler Fürst Bülow wohnt zurzeit im Hotel Bristol in Berlin. Kürzlich trat er aus seinem Zimmer in das Vorzimmer, das als Kleiderabgabe dient, und traf einen unbekanntem Mann, der eben einen Überzieher an den Haken hängte oder ihn abnehmen wollte. Der Fürst fragte nach seinem Beachr. und der Unbe-

kannte fragte Bülow nach einem Direktor Schulze. Da habe er sich in der Zimmernummer geirrt, sagte Bülow. Der Fremde empfahl sich und der Fürst hoffte ihm höflich in den Mantel. Als der Fürst später ausgehen wollte, suchte er vergebens nach seinem Mantel. Er hatte selbst einem Zwitscher ihn anvertraut.

**Die Menjahwieg!** Ein Amerikaner, Professor Gadsard von Clark College in Washington, ist zwar nicht so kühn, wie Marconi und andere Weltkumfer, die mit den Bewohnern des Mars Beziehungen anknüpfen wollen, dafür will er aber eine Rakete zum Mond schicken lassen. Das Geschöß enthält eine Anzahl von Ladungen, die nacheinander zur Explosion kommen und so den Antrieb immer erneuern sollen. Außerdem soll das Geschöß eine große Ladung von Natriumlichter liefern, die beim Aufschlag zur Entzündung kommt. Die Amerikaner sind überzeugt, daß sie — sonst wohl kein Mensch — diese Explosion durch große Fernrohre einwandfrei beobachten können. — Bekanntlich ist die bisherige Annahme, daß der Mond unbewohnt ist, richtig, die armen Mondbewohner würden sonst in nicht geringer Zahl, den Verkehr, wenn auf einmal eine amerikanische Wagnisrakete bei ihnen ankäme.

**Bombe bei Herwarth.** Der Posten gegen den Grafen Arco, der den R. Oberpräsidenten seiner erlöste, ist von Helm von Franck hinsichtlich der Gerichtsverhandlungen beschützt worden. Das Buch erschien im Verlag von A. K. Lehmann in München. Preis 2.20 Mark einschließlich Post- und Packgebühren.

**Tirols Verbändlungen.** Der 2. März Landtag hat der Schweizer Regierung für die Lieferung von Lebensmittel im Jahre 1920 den ganzen Jahrespreis des Landes verplündert.

**Waisenkinder nach England.** Die Gemeindeführung in Bradford (Nordengland) hat beschloßen, tausend notleidende Kinder aus den mitteleuropäischen Ländern aufzunehmen.

**Verhaftung.** In Jugoslawien wurden nach dem „Berl. Lokalan.“ fünf Frauen, darunter eine unverheiratete Stadträtin, wegen Verbrechen gegen das heimische Leben verhaftet.

**Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Europa** hat im Jahr 1919 einen Wert von 5186 Millionen Dollars erreicht, wovon auf England 2279, auf Frankreich 893, auf Italien 443 und auf Deutschland 93 Millionen entfielen. Die Einfuhr von Europa betrug 751 Millionen, davon entfielen auf England 309, auf Frankreich 124, auf Italien 59 und auf Deutschland 11 Millionen.

**Flugpreis.** Die „Daily Express“ hat einen Preis von 200 000 Goldmark für einen Flug von England nach Indien und zurück unter Mitführung einer Fracht von 600 Kilo angesetzt. Die Fahrt darf hin und zurück nicht mehr als je 288 Stunden dauern und muß zwischen dem 1. Mai und dem 31. Oktober 1920 erfolgen. Im Übrigen zu den bisherigen herkömmlichen Ausschreibungen ist der Wettbewerb für Angehörige aller Völker offen.

**Eine Stadt vernichtet.** Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Sydney gemeldet wird, ist in Nord-Ducenland (Australien) die Grenzstadt Chillingon durch einen gewaltigen Sturmwind weggeragt worden. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

**Wakern ohne Bier** ist fast so undenkbar wie jenes sprichwörtliche Meißer ohne Griff, denn die Klinge fehlt. Und dennoch sind wir durch den Krieg ungeschickter geworden, wenigstens nach dem Urteil der ausgiebigsten Kenner des bayerischen Lebenssaftes, die mit unerbittlicher Strenge der Mäßigkeit, die heutzutage in den Wirtschaften verpönt wird, den Rausch Bier schlankwegs ablehnen. Nachsichtiger Menschen behalten allerdings mit ihrem Durst auch die Bezeichnung Bier bei, wenn schon sie bei jedem Schluck über die Minderwertigkeit des Frankes schimpfen. Alte Leute verüßern dagegen, von jeder hätten die Biertrinker über die Verschaffenheit ihres Leibgetränkes geschimpft, selbst als es noch wirklich gut war. Zum Trost für die Unzufriedenen druckte ein Münchner Blatt jüngst eine alte Urkunde ab, die den Nachweis erbringt, daß vor 600 Jahren das Verzo-

gen Wakern ein Jahr lang völlig ohne Bier war, wie das daraus eine Revolution ausgebrochen oder das Bienenwoll ausgestorben wäre. Im kaiserlichen Archiv zu Vastan liegt eine Urkunde aus dem Jahr 1311, in der die Herzöge Heinrich und Otto von Bayern für ihr ganzes Land auf ein Jahr das Brauen und Mälzen verboten, weil damals das Getreide mürbete war und eine große Hungersnot drohte.

**„Sarre“.** Die Franzosen — rechtlich sind sie dafür gar nicht zuständig — haben es sehr eilig, dem deutschen Saargebiet ihren Stempel aufzudrücken. Sie versuchen das auf verschiedene Weise, zunächst u. a. dadurch, daß sie deutsche Briefmarken, die sich dort noch vorfinden, mit dem schwarzen Aufdruck „Sarre“ versehen und das Wort „Deutsches Reich“ durchstreichen. Natürlich haben diese philatelistischen Neuheiten sofort Sammelwert erhalten. Die Nachfrage scheint nach ihnen im Saargebiet erheblich zu sein, denn der „Oberste Verwalter des Saargebiets“, der französische Generalleutnant Wirbel, erklärt unter dem 29. Januar eine Verfügung, in der er erklärt, daß mit Ausnahme der größeren Firmen, Behörden und solcher Personen, die nachweislich einen größeren Briefverkehr zu unterhalten pflegen, das Publikum vorläufig nur 20 Exemplare jeder Markenforte erhalten soll. Es fragt sich nun, ob diese Sarre-Marken lediglich zum Ausbruch der dort vorhandenen Bestände hergestellt werden oder ob — so etwas kam in Polen vor — „hinten herin“ noch aus Deutschland massenweise Marken zur Abstempelung und philatelistischen Spekulation bezogen werden.

**Milchkrieg in England.** Der „Berl. Lokalan.“ erzählt, in England sei ein Milchkrieg ausgebrochen, da die Milchhändler den Erzeugerpreis von 2.90 Mk. (alten Geldes für die Gallone (ungefähr 3 1/2 Liter) nicht bewilligen wollten. Das Liter Milch würde demnach in England gegenwärtig vom Erzeuger etwa 78 Pfennig kosten.

## Lokales.

**Wasserfrage.** Nach Vereinbarung zwischen dem Reichsamt für Wasserbau und dem Reichsfinanzministerium wird letzteres für die Versorgungsberechtigten Militärpersonen der unteren Klassen und für Hinterbliebene von solchen erhebliche Mittel bereit stellen.

**Die Abgabe von Feingold an die Industrie** ist seitens der Reichsbank seit 10. Januar, dem Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrags, eingestellt worden.

**Für 20 Millionen Mark Zehnpfennigstücke.** Der Reichsamt hat der Prägung von weiteren Zehnpfennigstücken aus Zink im Nennbetrag von 20 Millionen Mark zugestimmt. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Prägungen dem Mangel an Feingold nicht abhelfen konnten, weil die Münzen alsbald wieder eingeschmolzen und eingeschmolzen werden. So gering nämlich der Metallwert der Zinkmünzen für sich ist, so ist er immer noch höher als der Nennwert. Es werde schließlich nichts anderes übrig bleiben, als die kleinen Münzen aus einem ganz wertlosen Stoff herzustellen.

**Der Februar mit fünf Sonntagen.** Der Monat Februar 1920 hat die seltene Eigentümlichkeit, daß er fünf Sonntage zählt, was seit 40 Jahren nicht mehr der Fall war und innerhalb 400 Jahren sich nur 13mal ereignete, so im 17. Jahrhundert 1604, 1632, 1670, 1688, im 18. Jahrhundert 1728, 1756, 1784, im 19. Jahrhundert 1824, 1852, 1880, im 20. Jahrhundert 1920, 1949, 1976.

**Die Polizeistunde.** Mit Zustimmung des Reichsrats wird die Verordnung über die Erprobung von Brennstoffen und Bekleidungsmittelein dazu abgeändert, daß in Gemeinden, wo der Mangel besonders groß ist, die Behörden ermächtigt werden, die Polizeistunde vor 10 Uhr abends festzusetzen.

**Zugverkehr.** Vom 9. Februar an wird der Zug 24 Stuttgart ab 4.47 nachm., als besonderer Zug von Bruchsal über Graben, Mannheim, Friedrichseld nach Frankfurt fortgesetzt: Bruchsal ab 6.23 nachm., Mannheim 7.17 nachm. an, Frankfurt an 9.00 nachm.

## Oberamt Neuenbürg.

### Pferdevormusterung.

Die in der Bekanntmachung vom 30. Januar (Engländer Nr. 25) angekündigte **Vormusterung** der im Bezirk befindlichen Zuchtpferde findet statt wie folgt:

**Mittwoch, den 11. Februar 1920, vormittags 9 Uhr in Neuenbürg** (Marktplatz) für die Pferde aus Neuenbürg, Arnbad, Birkenfeld, Conweiler, Feldbrennach, Gräfenhausen, Obeneibelsbach, Ottenhausen, Schwann, Unteneibelsbach, Waldbrennach.

**Donnerstag, den 12. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr in Calmbach** (Rathaus) für die Pferde aus Calmbach, Dennach mit Notensbach, Englsösterle, Höfen Wildbad.

**Freitag, den 13. Februar 1920, vormittags 10 Uhr in Schömberg** (Rathaus) für die Pferde aus Schömberg, Bieselsberg, Engelsbrand, Grunbach, Igelsloch, Kapfenhardt, Langenbrand, Malsenbach, Oberlengenhardt, Calmbach, Schömberg, Schwarzenberg, Unterlengenhardt.

**Samstag, den 14. Februar 1920, vorm. 10 Uhr, in Herrenau** (Rathaus) für die Pferde aus Bernbach, Döbel, Herrenau, Loffenau, Neusag, Notensol.

Sämtliche Besitzer von **Hengstfohlen** und **Stutfohlen** werden aufgefordert, ihre Tiere zu den angegebenen Zeiten und an den angegebenen Orten vorzuführen.

Wer die Vorführung verweigert, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. bestraft werden.

Auch kann die Vorführung durch Ordnungsstrafe bis zu 5000 Mark im Einzelfall erzwungen und die Begutachtung

fehlender Pferde durch die Kommission oder den Oberamts-tierarzt auf Kosten des Verpflichteten angeordnet werden.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen und den Pferdebesitzern alsbald unterschrieben zu eröffnen.

Den 3. Februar 1920. Oberamtmann Bullinger.

Veröffentlicht!

Wildbad, den 6. Februar 1920.

Stadtschultheißenamt: Baegner.

## Nebenverdienst.

Eingeführte Feuerversicherung hat ihre Agentur Wildbad an ortsbekanntem gut beleumundete Person zu vergeben.

Bewerbungen erbeten unter B. F. 28 an die Expedition ds. Bl.

Tüchtiger, zuverlässiger

**Pferdeknecht**

kann sofort eintreten  
**Reinbachbrauerei.**

## Grippe!

Die Broschüre „Acker sein eigener Hausarzt“ ist unentbehrlich für jede Familie. Preis nur Mk. 1.50 bei Voreinsendung des Betruges. Versandhaus Chemn., Ludwigsbürg.

Wildbad.  
**Beleuchtungskörper,**  
**Glühlampen,**  
**Taschenlampen**  
**mit Akkumulator**  
**Elektr. Bügel- u.**  
**Koch-Apparate,**  
**Glühplatten,**  
**Heiz-Kissen**  
und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum billigsten Preis Friedens-Ware empfohlen 697  
**Carl Hartmann**  
elektr. Installation  
u. mech. Werkstätte

**Verloren** ging gestern auf dem Sommerberg ein **rotbrauner Daikel**, der auf den Namen „Waldmann“ hört. Wiederbringer erhält Belohnung. Reformschule Wildbad, Tel. 6.

Ein guterhaltener  
**Bügelofen**  
zu kaufen gesucht.  
Dasselbe sind 2 Dgd. leinene Herrenkragen Nr. 32, 33 und 34 zu verkaufen.  
Zu erfragen im Kontor ds. Blattes.

**Silbergeld**  
kaufe ich jedes Quantum für ./. 0.50 zahle ich ./. 5.—  
" " " " " " 10.—  
" " " " " " 20.—  
" " " " " " 30.—  
" " " " " " 50.—

Bitte Sendungen unter Nachnahme und die Rechnung extra zu senden.  
**Eugen Dahn, Bijouteriefabrik**  
Pforzheim, Calwerstr. 77

